

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	5
Literaturverzeichnis .....	28
Abkürzungsverzeichnis .....	30
Zeittafel .....	34
1. Teil	
<b>Die politische Verfassung der Europäischen Union .....</b>	<b>37</b>
§ 1 Die Entstehung und Entwicklung der Europäischen Union .....	
A. Die frühen europäischen Einigungsbemühungen .....	37
I. Die Konkretisierung der Europäischen Idee zwischen den Weltkriegen .....	37
II. Die Nachkriegszeit .....	38
III. Die Gründung der Europäischen Gemeinschaften .....	41
IV. Die Bildung der Europäischen Freihandelszone .....	43
B. Von den Europäischen Gemeinschaften zur Europäischen Union .....	44
I. Die vergeblichen Versuche zur Vertiefung der Europäischen Gemeinschaften .....	44
II. Die Reformdiskussion der 80er-Jahre .....	45
III. Die Einheitliche Europäische Akte .....	46
IV. Die Verträge über die Europäische Union .....	47
1. Der Vertrag von Maastricht .....	47
2. Der Vertrag von Amsterdam .....	48
3. Der Vertrag von Nizza .....	48
4. Der Vertrag über eine Verfassung für Europa .....	49
5. Der Vertrag von Lissabon .....	49
C. Mitgliedschaft, Beitritt und Assoziierung .....	52
I. Die Gründerstaaten der Europäischen Gemeinschaften .....	52
II. Die „große“ Beitrittsgeschichte .....	52
1. Der Beitritt des Vereinigten Königreichs, Irlands und Dänemarks .....	52
2. Der Beitritt Griechenlands, Spaniens und Portugals .....	53
3. Die Eingliederung der früheren DDR .....	53
4. Der Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens .....	53
5. Der Beitritt von zehn ost- und mitteleuropäischen Staaten sowie von Malta und Zypern .....	54
6. Weitere Beitrittsverhandlungen .....	54

## Inhaltsverzeichnis

III.	Die „kleine“ Austrittsgeschichte .....	56
IV.	Die (Beitritts-)Assoziierung .....	57
<b>§ 2</b>	<b>Ziele, Methoden und Akteure der europäischen Einigung .....</b>	<b>58</b>
<b>A.</b>	<b>Ziele der Europäischen Einigung .....</b>	<b>58</b>
I.	Die Sicherung des Friedens .....	58
II.	Die wirtschaftliche Einigung .....	59
1.	Die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes/Binnenmarktes ...	59
2.	Die schrittweise Annäherung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und die Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion .....	60
III.	Die politische Einigung .....	61
IV.	Die soziale Dimension .....	63
<b>B.</b>	<b>Die Methode der europäischen Einigung .....</b>	<b>63</b>
I.	Die Kooperation der Staaten .....	63
II.	Das Konzept der Integration .....	64
III.	Verstärkte Zusammenarbeit .....	65
<b>C.</b>	<b>Die Akteure der europäischen Einigung .....</b>	<b>67</b>
I.	Die Rolle der Mitgliedstaaten .....	67
II.	Die Rolle des Europäischen Rates .....	67
III.	Die Rolle der Unionsorgane .....	68
<b>§ 3</b>	<b>Die Rechtsquellen des Unionsrechts .....</b>	<b>68</b>
<b>A.</b>	<b>Geschriebene Rechtsquellen .....</b>	<b>69</b>
I.	Das primäre Unionsrecht .....	69
1.	Die Unionsverträge .....	69
2.	Änderungs- und Ergänzungsverträge .....	69
3.	Beitrittsverträge .....	70
II.	Das sekundäre Unionsrecht .....	70
III.	Völkerrechtliche Abkommen der EU .....	72
1.	Assoziierungsabkommen (Art. 217 AEUV) .....	72
a)	Abkommen zur Aufrechterhaltung der besonderen Beziehungen einiger Mitgliedstaaten der EU zu Drittländern (Art. 198 AEUV) .....	72
b)	Abkommen zur Vorbereitung eines möglichen Beitritts und zur Bildung einer Zollunion (Art. 217 AEUV) .....	73
c)	Abkommen über den europäischen Wirtschaftsraum „EWR“ .....	73
2.	Kooperationsabkommen (Art. 218 AEUV) .....	73
3.	Handelsabkommen (Art. 218 AEUV) .....	73

<b>B.</b>	<b>Ungeschriebene Rechtsquellen</b>	74																																																																		
	I. Allgemeine Rechtsgrundsätze	74																																																																		
	II. Gewohnheitsrecht	75																																																																		
<b>C.</b>	<b>Absprachen zwischen den Mitgliedstaaten der EU</b>	75																																																																		
	I. Völkerrechtliche Abkommen	76																																																																		
	II. Akte der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten	77																																																																		
<b>D.</b>	<b>Schematische Übersicht über die Rechtsquellen des Unionsrechts</b>	77																																																																		
<b>§ 4</b>	<b>Die Verfassungsprinzipien</b>	78																																																																		
<b>A.</b>	<b>Rechtscharakter der Europäischen Union</b>	78																																																																		
	I. Rechtsnatur der EU	78																																																																		
	II. Rechtspersönlichkeit der EU	81		1. Völkerrechtsfähigkeit der EU	81		2. Mitgliedstaatliche Rechtsfähigkeit der EU	81		III. Abgrenzung zu anderen Formen politischer Organisation	82		IV. Verfassungsrechtliche Grundlagen der Integration in den Mitgliedstaaten	83		1. Die Rechtslage in Deutschland im Einzelnen	84		2. Die Rechtslage in Österreich im Einzelnen	90	<b>B.</b>	<b>Das Verhältnis zwischen Unionsrecht und nationalem Recht</b>	93		I. Die Eigenständigkeit des Unionsrechts	93		II. Das Zusammenwirken der Rechtsordnungen	93		III. Die unmittelbare Geltung und Anwendbarkeit des Unionsrechts	95		IV. Der Vorrang des Unionsrechts	96		V. Die unionsrechtskonforme Auslegung des nationalen Rechts	100		VI. Schema zur Prüfung der Vereinbarkeit von nationalem Recht mit Unionsrecht	103	<b>C.</b>	<b>Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Sozialstaatlichkeit</b>	104		I. Rechtsstaatlichkeit	105		1. Die Gewaltenteilung	105		a) Prinzip der begrenzten Ermächtigung	106		b) Formen der Zusammenarbeit und institutionelle Abhängigkeiten	106		c) Politisch-parlamentarische Kontrolle	107		d) Gerichtliche Kontrolle	107		2. Die Grundrechte	107		a) Ableitung und Anerkennung der Grundrechte in der Unionsrechtsordnung	107
	1. Völkerrechtsfähigkeit der EU	81																																																																		
	2. Mitgliedstaatliche Rechtsfähigkeit der EU	81																																																																		
	III. Abgrenzung zu anderen Formen politischer Organisation	82																																																																		
	IV. Verfassungsrechtliche Grundlagen der Integration in den Mitgliedstaaten	83																																																																		
	1. Die Rechtslage in Deutschland im Einzelnen	84																																																																		
	2. Die Rechtslage in Österreich im Einzelnen	90																																																																		
<b>B.</b>	<b>Das Verhältnis zwischen Unionsrecht und nationalem Recht</b>	93																																																																		
	I. Die Eigenständigkeit des Unionsrechts	93																																																																		
	II. Das Zusammenwirken der Rechtsordnungen	93																																																																		
	III. Die unmittelbare Geltung und Anwendbarkeit des Unionsrechts	95																																																																		
	IV. Der Vorrang des Unionsrechts	96																																																																		
	V. Die unionsrechtskonforme Auslegung des nationalen Rechts	100																																																																		
	VI. Schema zur Prüfung der Vereinbarkeit von nationalem Recht mit Unionsrecht	103																																																																		
<b>C.</b>	<b>Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Sozialstaatlichkeit</b>	104																																																																		
	I. Rechtsstaatlichkeit	105																																																																		
	1. Die Gewaltenteilung	105																																																																		
	a) Prinzip der begrenzten Ermächtigung	106																																																																		
	b) Formen der Zusammenarbeit und institutionelle Abhängigkeiten	106																																																																		
	c) Politisch-parlamentarische Kontrolle	107																																																																		
	d) Gerichtliche Kontrolle	107																																																																		
	2. Die Grundrechte	107																																																																		
	a) Ableitung und Anerkennung der Grundrechte in der Unionsrechtsordnung	107																																																																		

## Inhaltsverzeichnis

b)	Grundrechtsträger und -adressaten .....	111
c)	Schutzbereich der Grundrechte .....	112
d)	Grundrechtseingriff .....	113
e)	Rechtfertigung des Grundrechtseingriffs .....	113
f)	Einzelne Grundrechtsverbürgungen .....	114
g)	Vorbehalte des BVerfG .....	127
h)	Vorbehalte des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte .....	128
3.	Rechtsstaatliche Grundsätze .....	129
a)	Grundsatz der Verhältnismäßigkeit .....	129
b)	Grundsatz des Vertrauensschutzes .....	130
c)	Rechtssicherheit und Gesetzmäßigkeit der Verwaltung .....	131
4.	Die Rechtmäßigkeit der Gewaltausübung .....	131
5.	Die Haftung für rechtswidrige Hoheitsakte .....	132
6.	Der Rechtsschutz durch unabhängige Gerichte .....	132
7.	Schema zur Prüfung der Rechtmäßigkeit von Unionsrechtsakten .....	132
II.	Demokratie .....	134
III.	Sozialstaatlichkeit .....	138
D.	<b>Die Unionsbürgerschaft</b> .....	141
I.	Erwerb und Verlust der Unionsbürgerschaft .....	141
II.	Rechtscharakter der Unionsbürgerschaft .....	142
III.	Die durch die Unionsbürgerschaft vermittelten Rechte .....	143
1.	Zuweisung allgemeiner Rechte und Pflichten .....	143
2.	Umfassender Anspruch auf Gleichbehandlung .....	144
3.	Freizügigkeit und Aufenthaltsrecht .....	145
4.	Anspruch auf Sozialleistungen und steuerliche Vergünstigungen .....	147
5.	Kommunal- und Europawahlrecht .....	148
6.	Diplomatischer und konsularischer Schutz .....	148
7.	Petitionsrecht, Bürgerbeauftragte, Informationsrecht .....	149
8.	Das Recht der Bürgerinitiative .....	150
<b>§ 5</b>	<b>Die Organisationsstruktur</b> .....	152
A.	<b>Die Organe, Einrichtungen und sonstige Stellen</b> .....	152
I.	Die Verfassungsorgane der EU .....	154
1.	Der Europäische Rat (Art. 15 EUV) .....	154
a)	Zusammensetzung .....	155
b)	Aufgaben .....	155
c)	Arbeitsweise .....	156
2.	Der Rat der Europäischen Union (Art. 16 EUV) .....	157

a)	Zusammensetzung und Vorsitz . . . . .	157
b)	Aufgaben . . . . .	159
c)	Arbeitsweise . . . . .	161
d)	Sitz . . . . .	167
3.	Der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik (Art. 18 EUV) . . . . .	167
4.	Das Europäische Parlament (Art. 14 EUV) . . . . .	168
a)	Zusammensetzung . . . . .	168
b)	Wahlgrundsätze . . . . .	171
c)	Abgeordnetenstatut . . . . .	172
d)	Aufgaben . . . . .	172
e)	Außenbeziehungen . . . . .	177
f)	Arbeitsweise . . . . .	177
g)	Sitz . . . . .	181
5.	Die Europäische Kommission (Art. 17 EUV) . . . . .	182
a)	Zusammensetzung, Ernennung, Ausscheiden aus dem Amt . . . . .	182
b)	Aufgaben . . . . .	186
c)	Arbeitsweise . . . . .	189
d)	Sitz . . . . .	192
6.	Der Gerichtshof der EU (Art. 19 EUV) . . . . .	192
a)	Funktion und Zuständigkeit . . . . .	192
b)	Aufbau und Aufgaben des EuGH . . . . .	195
c)	Aufbau und Aufgaben des EuG . . . . .	206
d)	Fachgerichte . . . . .	208
7.	Die Europäische Zentralbank (Art. 282–284 AEUV) . . . . .	210
a)	Die Europäische Zentralbank . . . . .	210
b)	Das Europäische System der Zentralbanken . . . . .	211
c)	Eurosystem . . . . .	213
d)	Sitz . . . . .	213
8.	Der Rechnungshof (Art. 285–286 AEUV) . . . . .	213
a)	Zusammensetzung . . . . .	213
b)	Aufgaben . . . . .	213
c)	Arbeitsweise . . . . .	215
d)	Sitz . . . . .	215
II.	Beratende Einrichtungen der EU . . . . .	215
1.	Der Wirtschafts- und Sozialausschuss (Art. 301–304 AEUV) . . . . .	216
2.	Der Ausschuss der Regionen (Art. 305–307 AEUV) . . . . .	217
III.	Weitere Einrichtungen und Stellen . . . . .	218
1.	Die Europäische Investitionsbank (Art. 308–309 AEUV) . . . . .	219
2.	Agenturen . . . . .	220
a)	Exekutivagenturen . . . . .	220
b)	Regulierungsagenturen . . . . .	220

<b>B. Die Kompetenzen</b> .....	222
I. Allgemeine Kompetenzaufteilung .....	222
II. Prinzip der begrenzten Ermächtigung .....	222
III. Vertikale Kompetenzabgrenzung .....	223
1. Ausschließliche Zuständigkeit .....	223
2. Geteilte Zuständigkeiten .....	224
3. Unterstützungs-, Koordinierungs- und Ergänzungszuständigkeiten .....	225
4. Koordinierung der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik .....	225
5. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU .....	225
6. Zuständigkeiten, die nicht von den Kompetenzkategorien erfasst werden .....	225
a) Vertragsabrandungskompetenz .....	225
b) Implied powers .....	227
c) Außenkompetenzen .....	228
d) Die offene Methode der Koordinierung .....	228
IV. Horizontale Kompetenzabgrenzung .....	229
V. Subsidiaritätsprinzip .....	231
1. Anwendungsbereich .....	232
2. Anwendungsvoraussetzungen .....	233
3. Subsidiaritätskontrolle durch die nationalen Parlamente .....	234
4. Gerichtliche Überprüfung; fehlende unmittelbare Anwendbarkeit .....	236
<b>C. Die Rechtsakte und Rechtshandlungsformen</b> .....	237
I. Klassifizierung der Rechtsakte und Handlungsformen .....	237
II. Der Katalog der zulässigen Handlungsformen für Rechtsakte .....	239
1. Verordnungen .....	240
2. Richtlinien .....	242
a) Erlass der Richtlinie .....	242
b) Wirkungen der Richtlinie .....	245
c) Haltung der nationalen Gerichte .....	248
d) Schadensersatzpflicht der Mitgliedstaaten bei Nichtumsetzung der Richtlinien .....	249
3. Beschlüsse .....	250
a) Beschlüsse, die an bestimmte Adressaten gerichtet sind .....	251
b) Allgemeine Beschlüsse, die keinen bestimmten Adressaten haben .....	252
4. Empfehlungen und Stellungnahmen .....	253
III. Sonstige Rechtshandlungen, die keine Rechtsakte sind .....	254
1. Entschließungen .....	254
2. Erklärungen .....	255

3. Mitteilungen der Kommission, Aktionsprogramme, Weißbücher, Grünbücher . . . . .	255
<b>§ 6 Funktionen . . . . .</b>	<b>257</b>
<b>A. Rechtsetzung . . . . .</b>	<b>257</b>
I. Verfahren zum Erlass der Gesetzgebungsakte . . . . .	257
1. Ordentliches Gesetzgebungsverfahren . . . . .	257
2. Das besondere Gesetzgebungsverfahren. . . . .	262
II. Zustimmungsverfahren . . . . .	262
III. Verfahren zum Erlass von Rechtsakten ohne Gesetzescharakter . . .	263
IV. Verfahren zum Erlass von delegierten Rechtsakten und Durchführungsrechtsakten . . . . .	263
1. Bedeutung und Abgrenzungsfragen . . . . .	263
2. Erlass delegierter Rechtsakte (Art. 290 AEUV) . . . . .	264
3. Erlass von Durchführungsrechtsakten (Art. 291 AEUV) . . . .	265
V. Atypische Rechtsetzungsverfahren . . . . .	266
1. Rechtsetzung im Bereich des Sozialen Dialogs . . . . .	266
2. Rechtsetzung im Bereich der technischen Normen . . . . .	266
<b>B. Verwaltung . . . . .</b>	<b>267</b>
I. Kompetenzauflistung zwischen EU und Mitgliedstaaten . . . . .	267
1. Direkter Verwaltungsvollzug . . . . .	268
2. Indirekter Verwaltungsvollzug . . . . .	268
3. Verwaltungszusammenarbeit . . . . .	269
II. Verfahrensrechtliche Grundsätze im direkten Verwaltungsvollzug .	269
1. Offenheit der Verwaltung . . . . .	270
2. Effizienz der Verwaltung . . . . .	271
3. Unabhängigkeit der Verwaltung . . . . .	271
4. Rechtsstaatliche Grundsätze . . . . .	271
5. Konkretisierungsauftrag . . . . .	272
III. Verfahrensrechtliche Grundsätze im indirekten Verwaltungsvollzug . . . . .	273
1. Vollzug unmittelbar anwendbaren EU-Rechts . . . . .	273
2. Vollzug von mittelbar geltendem EU-Recht . . . . .	274
IV. Die Haftung der Mitgliedstaaten für Verletzungen des EU-Rechts .	276
1. Haftungsgrundlage . . . . .	276
2. Haftungsgegenstand . . . . .	277
3. Haftungsvoraussetzungen. . . . .	277
a) Vorschrift, die dem Einzelnen Rechte verleiht . . . . .	278
b) Hinreichend qualifizierter Verstoß . . . . .	278
c) Kausalzusammenhang und Schaden . . . . .	280
4. Umfang der Entschädigung . . . . .	280
a) Berücksichtigung des entgangenen Gewinns . . . . .	281

b)	Schadensabwendungspflicht .....	281
5.	Durchsetzung des Entschädigungsanspruchs .....	281
6.	Rückwirkende Anwendung der Haftungsgrundsätze .....	282
<b>C.</b>	<b>Rechtsprechung .....</b>	<b>283</b>
I.	Direktklagen .....	283
1.	Vertragsverletzungsverfahren (Art. 258–260 AEGV) .....	283
a)	Funktion und Bedeutung .....	283
b)	Einleitung des Verfahrens .....	283
c)	Verfahrensstadien .....	284
d)	Vertragsverletzungsklage durch einen Mitgliedstaat (Art. 259 AEUV) .....	288
e)	Sanktionen bei Nichtbeachtung des Urteils des EuGH (Art. 260 AEUV) .....	288
2.	Nichtigkeitsklage (Art. 263 AEUV) .....	292
a)	Funktion der Nichtigkeitsklage .....	292
b)	Zulässigkeit der Nichtigkeitsklage .....	292
c)	Begründetheit der Nichtigkeitsklage .....	302
d)	Nichtigerklärung .....	306
3.	Untätigkeitsklage (Art. 265 AEUV) .....	308
4.	Schadensersatzklage (Art. 268 i.V.m. Art. 340 AEUV) .....	308
a)	Vertragliche Haftung .....	308
b)	Außervertragliche Haftung .....	309
c)	Haftung für rechtmäßiges Handeln .....	316
II.	Rechtsmittelverfahren (Art. 256 Abs. 1 AEUV) .....	318
1.	Beschränkung auf Rechtsfragen .....	319
2.	Keine Veränderung des Streitgegenstandes .....	319
3.	Rechtsmittelgründe .....	320
4.	Urteil .....	320
5.	Rechtsmittel gegenüber Entscheidungen der Fachgerichte .....	320
III.	Vorabentscheidungsverfahren (Art. 267 AEUV) .....	321
1.	Gegenstand des Vorabentscheidungsersuchens .....	322
a)	Auslegungsfragen .....	323
b)	Gültigkeitsfragen .....	323
c)	Unzulässigkeit der Überprüfung nationalen Rechts .....	324
2.	Vorlageberechtigung .....	325
3.	Vorlageverpflichtung .....	327
a)	Vorlagepflichtige Gerichte .....	327
b)	Begriff des Rechtsmittels .....	328
c)	Umfang der Vorlagepflicht .....	328
d)	Sanktionen bei Verletzung der Vorlagepflicht .....	329
4.	Wirkungen der Vorabentscheidung .....	333
a)	Rechtliche Bindungswirkung des Urteils .....	333

b)	Zeitliche Wirkung des Urteils . . . . .	334
5.	Vereinfachtes Verfahren/Eilverfahren . . . . .	334
	a) Vereinfachtes Verfahren (Art. 104 VerfO/EuGH) . . . . .	334
	b) Beschleunigtes Verfahren (Art. 104a VerfO/EuGH) . . . . .	335
	c) Eilverfahren (Art. 104b VerfO/EuGH) . . . . .	335
IV.	Vorläufiger Rechtsschutz (Art. 278–279 AEUV) . . . . .	337
1.	Bedeutung und Formen des vorläufigen Rechtsschutzes . . . . .	337
2.	Ausschluss der aufschiebenden Wirkung (Art. 278 Satz 1 AEUV) . . . . .	338
3.	Antrag auf Vollzugsaussetzung (Art. 278 Satz 2 AEUV) bzw. Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung (Art. 279 AEUV) . . . . .	338
	a) Zulässigkeit des Antrags . . . . .	338
	b) Begründetheit des Antrags . . . . .	339
	c) Entscheidung . . . . .	342
V.	Das Verfahren vor dem EuGH/EuG . . . . .	343
1.	Verfahrenseinleitung . . . . .	343
2.	Schriftliches Verfahren . . . . .	344
3.	Mündliche Verhandlung . . . . .	344
4.	Urteil . . . . .	345
	a) Urteilsberatung . . . . .	345
	b) Entscheidungsgründe . . . . .	346
5.	Verkündung, Veröffentlichung und Verfahrensdauer . . . . .	348
6.	Vollziehung und Vollstreckung . . . . .	348
2. Teil		
<b>Die Wirtschaftsverfassung</b>	.....	350
<b>§ 7 Der Binnenmarkt</b>	.....	350
<b>A. Vom Gemeinsamen Markt zum Binnenmarkt</b>	.....	350
<b>B. Rechtliche Prinzipien des Binnenmarktes</b>	.....	353
I.	Die Marktfreiheit im Binnenmarkt . . . . .	353
II.	Die Marktgleichheit im Binnenmarkt . . . . .	354
III.	Die Wettbewerbsfreiheit . . . . .	355
<b>C. Die Rechtsangleichung</b>	.....	355
I.	Funktion und Begriff der Rechtsangleichung . . . . .	356
II.	Generelle Ermächtigungen zur Rechtsangleichung . . . . .	357
1.	Rechtsangleichung im Binnenmarkt . . . . .	357
	a) Abgrenzung der Art. 114 und 115 AEUV . . . . .	357
	b) Gegenstand der Rechtsangleichung . . . . .	358

c) Abweichungsmöglichkeiten der Mitgliedstaaten nach Art. 114 Abs. 4 und 5 AEUV .....	360
2. Angleichung der Vorschriften über den Schutz des geistigen Eigentums .....	362
3. Rechtsangleichung nach Art. 352 AEUV .....	362
III. Spezielle Ermächtigungen zur Rechtsangleichung; Steuerharmonisierung .....	363
<b>§ 8 Die Wirtschafts- und Währungspolitik .....</b>	<b>364</b>
<b>A. Die Entwicklung bis zum Eintritt in die Wirtschafts- und Währungsunion .....</b>	<b>364</b>
I. Die Gründerjahre .....	364
II. Ein erster Neuanfang .....	365
III. Das Europäische Währungssystem .....	366
IV. Die drei Stufen der Wirtschafts- und Währungsunion .....	366
1. Der erfolgreiche Schritt auf die erste Stufe der WWU .....	367
2. Der Eintritt in die zweite Stufe der WWU .....	367
3. Die dritte Stufe der WWU .....	368
<b>B. Die rechtlichen Rahmenbedingungen .....</b>	<b>369</b>
I. Marktwirtschaftliches Ordnungssystem .....	369
II. Ausgestaltung der Wirtschaftspolitik .....	370
1. Allgemeine wirtschaftliche Koordinierung .....	370
2. Überwachung der staatlichen Haushaltspolitik – Stabilitätspakt ..	371
III. Ausgestaltung der Währungspolitik .....	374
1. Grundsätze der Währungspolitik .....	374
2. Einführung des „Euro“ als gemeinsame Währung .....	374
IV. Der institutionelle Rahmen .....	376
<b>3. Teil</b>	
<b>Die Grundfreiheiten .....</b>	<b>378</b>
<b>§ 9 Der freie Warenverkehr .....</b>	<b>378</b>
<b>A. Die Zollunion (Art. 30–32 AEUV) .....</b>	<b>378</b>
I. Der Gemeinsame Außenzoll .....	379
1. Festlegung des Gemeinsamen Zolltarifs .....	379
2. Zoll- und Verfahrensrecht .....	380
II. Abschaffung der Binnenzölle .....	381
III. Verbot zollgleicher Abgaben .....	381
1. Begriffsbestimmung .....	381
2. Abgrenzung zu den Gebühren .....	382

3.	Abgrenzung zu den inländischen Abgaben .....	383
4.	Adressaten des Verbots .....	383
5.	Unmittelbare Anwendbarkeit .....	384
<b>B.</b>	<b>Das Verbot der mengenmäßigen Beschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung (Art. 34–36 AEUV) .....</b>	<b>384</b>
I.	Anwendungsbereich .....	385
1.	Staatliche Maßnahmen .....	385
2.	Waren .....	386
II.	Mengenmäßige Einfuhr- und Ausfuhrbeschränkungen .....	387
III.	Maßnahmen gleicher Wirkung wie mengenmäßige Beschränkungen .....	388
1.	Der Begriff der „Maßnahme gleicher Wirkung“ .....	389
a)	Dassonville-Formel .....	389
b)	Cassis-de-Dijon-Formel .....	391
c)	Keck-Formel .....	392
2.	Wichtige Fallgruppen .....	394
a)	Beschränkungen in Bezug auf die Ware selbst, ihre Verpackung oder Bezeichnung .....	396
b)	Beschränkungen des Orts oder der Zeit des Verkaufs .....	397
c)	Regelungen über Preise und Preisbestandteile .....	398
d)	Werbung und Absatzförderung .....	398
e)	Beschränkungen zur Abwehr von Verwechslungen oder unlauterer Handlungspraktiken .....	399
f)	Beschränkungen aufgrund gewerblicher Schutzrechte .....	400
IV.	Schranken des Verbots – Rechtfertigung einer Beschränkung .....	400
1.	Immanente Schranken .....	400
a)	„Zwingende Erfordernisse“ .....	400
b)	Allgemeinwohlinteressen .....	402
c)	Verhältnismäßigkeit .....	402
2.	Rechtfertigung nach Art. 36 AEUV .....	403
a)	Regelungszuständigkeit der Mitgliedstaaten .....	403
b)	Die geschützten Rechtsgüter .....	404
c)	Grenzen der nationalen Regelungszuständigkeit .....	407
V.	Prüfungsschema .....	410
<b>C.</b>	<b>Umformung der staatlichen Handelsmonopole (Art. 37 AEUV) .....</b>	<b>411</b>
<b>§ 10</b>	<b>Die Freiheit des Personen- und Dienstleistungsverkehrs .....</b>	<b>414</b>
<b>A.</b>	<b>Allgemeiner Überblick .....</b>	<b>414</b>
I.	Die Regelungen .....	414
1.	Freizügigkeit der Arbeitnehmer .....	414

2. Niederlassungsfreiheit .....	415
3. Dienstleistungsfreiheit .....	415
II. Abgrenzungsfragen .....	416
III. Vom Diskriminierungsverbot zum Behindерungsverbot .....	417
IV. Abschaffung der Grenzkontrollen: Der Schengener Besitzstand ..	418
<b>B. Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer (Art. 45–48 EGV) .....</b>	<b>419</b>
I. Der begünstigte Personenkreis .....	420
1. Arbeitnehmer .....	420
2. Familienangehörige .....	421
3. Angehörige der neuen Mitgliedstaaten .....	423
4. Angehörige von Drittstaaten .....	424
a) Grundsätzliche Rechtsstellung .....	424
b) Die Rechtsstellung der türkischen Staatsangehörigen .....	425
c) Weitere Gestaltung der Einwanderungspolitik .....	427
II. Inhalt des Freizügigkeitsrechts .....	427
1. Der Grundsatz der Gleichbehandlung .....	427
a) Begünstigte des Gleichbehandlungsgebots .....	427
b) Verpflichtete des Gleichbehandlungsgebots .....	429
c) Gegenstand des Gleichbehandlungsgebots .....	429
2. Das Behindерungsverbot .....	431
3. Das Recht auf Stellenbewerbung .....	432
4. Das Recht auf Ausübung einer Beschäftigung .....	433
5. Die gewerkschaftlichen Rechte .....	433
6. Das Verbleiberecht .....	434
III. Rechtfertigung von Beschränkungen der Freizügigkeit .....	434
IV. Die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer .....	435
1. Persönlicher Anwendungsbereich .....	436
2. Sachlicher Geltungsbereich .....	437
3. Grundprinzipien des Rechts der sozialen Sicherheit .....	438
a) Koordinierung der nationalen Sozialleistungssysteme .....	438
b) Der Grundsatz der Gleichbehandlung .....	439
c) Die Zusammenrechnung der Versicherungszeiten .....	441
d) Der Export der Sozialleistungen .....	441
IV. Ausnahmen des Freizügigkeitsrechts zugunsten der öffentlichen Verwaltung .....	442
<b>C. Die Niederlassungsfreiheit .....</b>	<b>444</b>
I. Der begünstigte Personenkreis .....	444
II. Der sachliche Anwendungsbereich .....	445
1. Erwerbstätigkeit .....	445
2. Niederlassung .....	446
3. Ausnahme: „Ausübung hoheitlicher Gewalt“ .....	446
III. Der Inhalt des Niederlassungsrechts .....	447

1.	Diskriminierungsverbot .....	447
a)	Mögliche Eingriffsmaßnahmen .....	448
b)	Verbot von Diskriminierungen .....	448
2.	Verbot von Behinderungen .....	449
a)	Anerkennung und Inhalt des Behinderungsverbots .....	449
b)	Behinderung der Standortwahl von Gesellschaften .....	451
IV.	Rechtfertigung von Beschränkungen der Niederlassungsfreiheit ..	453
V.	Maßnahmen zur Erleichterung der Wahrnehmung der Niederlassungsfreiheit .....	455
1.	Die gegenseitige Anerkennung der Diplome und Befähigungsnachweise .....	456
a)	Allgemeine Regelung für die Anerkennung von Ausbildungsnachweisen .....	457
b)	Anerkennung der Berufserfahrung .....	458
c)	Regelung zur automatischen Anerkennung der Qualifikationen von Ärzten, Krankenschwestern und Krankenpflegern, Zahnärzten, Tierärzten, Hebammen, Apothekern und Architekten .....	459
d)	Sprachkenntnisse .....	459
2.	Gegenseitige Anerkennung außerhalb der Richtlinie 2005/36/EG .....	459
3.	Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten .....	460
<b>D.</b>	<b>Der freie Dienstleistungsverkehr (Art. 56–62 AEUV) .....</b>	<b>462</b>
I.	Der persönliche Anwendungsbereich .....	462
II.	Der sachliche Anwendungsbereich: Begriff der Dienstleistung ..	463
III.	Inhaltliche Tragweite .....	465
1.	Diskriminierungsverbot .....	466
2.	Behinderungsverbot .....	466
IV.	Rechtfertigung von Beschränkungen der Dienstleistungsfreiheit ..	467
1.	Rechtfertigung diskriminierender Beschränkungen .....	467
2.	Rechtfertigung unterschiedslos anwendbarer Beschränkungen ..	468
3.	Verhältnismäßigkeit .....	469
V.	Maßnahmen zur Erleichterung der Wahrnehmung der Dienstleistungsfreiheit .....	469
VI.	Öffentliches Auftragswesen .....	471
<b>E.</b>	<b>Gemeinsame Grundstruktur der Grundfreiheiten/ Prüfungsschema .....</b>	<b>473</b>
I.	Gemeinsame Grundstruktur der Grundfreiheiten .....	473
1.	Eingriffstatbestand .....	473
2.	Rechtfertigung .....	473
3.	Unmittelbare Anwendbarkeit der Grundfreiheiten .....	474

## Inhaltsverzeichnis

4. Grenzüberschreitender Bezug .....	475
II. Prüfungsschema für die Freizügigkeit, die Niederlassungsfreiheit und die Dienstleistungsfreiheit .....	476
<b>F. Das Einreise-, Aufenthalts- und Verbleiberecht .....</b>	<b>477</b>
I. Das Einreiserecht .....	478
II. Das Aufenthaltsrecht .....	478
1. Recht auf Aufenthalt von bis zu drei Monaten .....	479
2. Recht auf Aufenthalt während mehr als drei Monaten .....	480
3. Recht auf Daueraufenthalt .....	481
4. Verlust des Aufenthaltsrechts .....	482
5. Sanktionen .....	482
III. Das Verbleiberecht .....	482
IV. Einschränkungen aus Gründen des „ordre public“ .....	483
1. Bedrohung der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit .....	483
2. Verfahrensmäßige Rechte .....	484
<b>§ 11 Die Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs .....</b>	<b>485</b>
<b>A. Bedeutung und rechtliche Regelungen .....</b>	<b>485</b>
<b>B. Persönlicher Anwendungsbereich .....</b>	<b>486</b>
<b>C. Sachlicher Anwendungsbereich .....</b>	<b>486</b>
I. Kapitalverkehr .....	486
II. Zahlungsverkehr .....	487
III. Abgrenzungsfragen .....	487
<b>D. Beseitigung der Beschränkungen .....</b>	<b>488</b>
<b>E. Ausnahmen vom Beschränkungsverbot .....</b>	<b>490</b>
I. Ausnahmen hinsichtlich der Beschränkungen im Verhältnis der Mitgliedstaaten untereinander .....	490
II. Ausnahmen hinsichtlich der Beschränkungen im Verhältnis zu Drittstaaten .....	492
<b>F. Prüfungsschema für die Kapitalverkehrsfreiheit .....</b>	<b>493</b>
 4. Teil	
<b>Der freie Wettbewerb .....</b>	<b>494</b>
<b>§ 12 Die Grundlagen des europäischen Wettbewerbsrechts .....</b>	<b>494</b>
<b>A. Zweck und Aufbau der Wettbewerbsvorschriften .....</b>	<b>494</b>

<b>B. Verhältnis zum nationalen Wettbewerbsrecht und zu den internationalen Wettbewerbsregeln .....</b>	<b>496</b>
I. Europäisches und nationales Wettbewerbsrecht .....	496
II. Europäisches und internationales Wettbewerbsrecht .....	498
<b>§ 13 Vorschriften für Unternehmen .....</b>	<b>500</b>
<b>A. Das Kartellverbot (Art. 101 AEUV) .....</b>	<b>500</b>
I. Tatbestand des Kartellverbots .....	501
1. „Unternehmen“ als Adressaten des Kartellverbots .....	501
2. Vereinbarungen, Beschlüsse, abgestimmte Verhaltensweisen ..	504
a) Vereinbarungen .....	504
b) Beschlüsse .....	505
c) Abgestimmte Verhaltensweisen .....	505
3. Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs .....	507
4. Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels .....	509
5. Spürbarkeit .....	510
II. Rechtsfolge des Kartellverbots .....	511
III. Freistellungen vom Kartellverbot .....	512
1. Voraussetzungen der Freistellung.....	513
2. Verfahren der Freistellung .....	514
3. Rechtsfolge der Freistellung .....	516
<b>B. Das Verbot des Missbrauchs einer den Markt beherrschenden Stellung (Art. 102 AEUV) .....</b>	<b>517</b>
I. Marktbeherrschende Stellung .....	517
1. Der relevante Markt .....	517
2. Der Marktanteil .....	518
II. Missbräuchliche Ausnutzung .....	520
1. Ausbeutungsmisbrauch .....	521
2. Behinderungsmisbrauch .....	521
a) Kampfpreisunterbietungen .....	521
b) Gewerbliche Schutzrechte .....	522
c) Ausschließlichkeitsbindungen und vergleichbare Maßnahmen .....	522
d) Lieferverweigerung .....	523
e) Begrenzung von Monopolen .....	524
III. Rechtsfolgen des Missbrauchs einer marktberrschenden Stellung ..	524
<b>C. Das Kartellverfahren .....</b>	<b>525</b>
I. Wirksame Durchsetzung der Wettbewerbsregeln .....	525
1. Unmittelbare Anwendbarkeit des Art. 101 Abs. 3 AEUV .....	525
2. Dezentralisierung der Anwendung der Art. 101 und 102 AEUV.	525

## Inhaltsverzeichnis

3. Ermittlungsbefugnisse der Kommission . . . . .	526
a) Nachprüfungsbefugnisse . . . . .	526
b) Befugnis zur Befragung. . . . .	526
c) Auskunftsverlangen . . . . .	527
d) Beachtung rechtsstaatlicher Grundsätze. . . . .	527
4. Abstellung von Zuwiderhandlungen . . . . .	528
a) Feststellung und Abstellung der Zuwiderhandlung . . . . .	528
b) Einstweilige Maßnahmen . . . . .	529
c) Beschluss über Verpflichtungszusagen . . . . .	529
d) Feststellung der Nichtanwendbarkeit der Wettbewerbsregeln . . . . .	530
5. Befugnisse der nationalen Wettbewerbsbehörden . . . . .	530
6. Sanktionen . . . . .	531
II. Einheitliche Anwendung der Wettbewerbsregeln . . . . .	533
III. Rechtsschutz . . . . .	535
 <b>§ 14 Fusionskontrolle</b> . . . . .	536
A. Entstehungsgeschichte . . . . .	536
B. Anwendungsbereich der Verordnung über Fusionskontrolle . . . . .	537
I. Zusammenschluss von Unternehmen . . . . .	537
II. Unionsweite Bedeutung des Zusammenschlusses . . . . .	538
III. Untersagungskriterien . . . . .	539
C. Verfahren der Fusionskontrolle . . . . .	540
I. Zuständigkeiten für die Kontrolle von Unternehmens- zusammenschlüssen . . . . .	540
1. Verweisung vor Anmeldung . . . . .	540
2. Verweisung nach Anmeldung . . . . .	541
II. Verfahrensvorschriften und Fristen . . . . .	541
1. Vorabprüfverfahren . . . . .	541
2. Hauptprüfverfahren . . . . .	542
 <b>§ 15 Kontrolle staatlicher Beihilfen</b> . . . . .	543
A. Beihilfetatbestand . . . . .	543
I. Vorliegen einer Beihilfe . . . . .	543
1. Zuweisung eines wirtschaftlichen Vorteils an Unternehmen oder Wirtschaftszweige . . . . .	544
2. Transfer staatlicher Mittel . . . . .	546
3. Selektiver Charakter der Maßnahme . . . . .	547
II. Verfälschung des Wettbewerbs . . . . .	548
III. Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels . . . . .	548

<b>B.</b>	<b>Ausnahmen vom Beihilfenverbot</b>	549
	I. Legalausnahmen nach Art. 107 Abs. 2 AEUV	549
	II. Ausnahmen nach Art. 107 Abs. 3 AEUV	550
	1. Allgemeine Leitlinien zur Ausübung der Ermächtigung	551
	2. Die wichtigsten Ausnahmekategorien	552
	a) Regionalbeihilfen	552
	b) Behebung einer beträchtlichen Störung im Wirtschaftsleben	552
	c) Entwicklung gewisser Wirtschaftszweige	553
	d) Kulturförderung	554
	e) Vom Rat bestimmte Ausnahmen	554
	3. Freistellung vom Beihilfeverbot	555
<b>C.</b>	<b>Beihilfeverfahrensrecht</b>	556
	I. Die Verpflichtung zur Notifizierung neuer Beihilfen und Durchführungsverbot	556
	II. Kontrolle notifizierter Beihilfen	557
	III. Kontrolle nicht notifizierter Beihilfen	559
	1. Verfahren	559
	2. Entscheidungen der Kommission	559
	3. Rückforderungsanordnung	560
	IV. Kontrolle bestehender Beihilfen	561
	1. Einleitung der Überprüfung	561
	2. Vorschlag „zweckdienlicher Maßnahmen“	561
	3. Annahme oder Ablehnung durch den Mitgliedstaat	561
<b>D.</b>	<b>Rechtsschutzfragen</b>	562
	I. Rechtsschutz vor Anmeldung der Beihilfen	562
	1. Handlungsmöglichkeiten der Kommission	562
	2. Handlungsmöglichkeiten der nationalen Gerichte	562
	II. Rechtsschutz im Vorprüfverfahren	562
	1. Rechtsschutzmöglichkeiten für die Wettbewerber	562
	2. Rechtsschutzmöglichkeiten für den Begünstigten	563
	III. Rechtsschutz im Hauptprüfverfahren	563
	1. Rechtsschutzmöglichkeiten für den Begünstigten	563
	2. Rechtsschutzmöglichkeiten für Wettbewerber	564
	3. Rechtsschutzmöglichkeiten für staatliche Stellen	564
	IV. Rechtsschutz gegenüber Untätigkeit	565
	1. Untätigkeit der Kommission	565
	2. Untätigkeit des Mitgliedstaates	565
<b>§ 16</b>	<b>Das Verbot der Begünstigung öffentlicher Unternehmen</b>	566
<b>A.</b>	<b>Respektierung der nationalen Eigentumsordnungen (Art. 345 AEUV)</b>	566

B. Anwendbarkeit der Wettbewerbsregeln auf „unternehmerisches Handeln“ des Staates (Art. 106 Abs. 1 AEUV) .....	566
C. Ausnahmeregelung für „Dienstleistungen von allgemeinem öffentlichen Interesse“ (Art. 106 Abs. 2, Art. 14 AEUV) .....	567
D. Durchführungsbefugnisse der Kommission (Art. 106 Abs. 3 AEUV) .....	569
5. Teil	
Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts .....	570
§ 17 Allgemeiner Überblick .....	570
A. Entstehungsgeschichte .....	570
B. Aufbau des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ..	571
I. Achtung der Grundrechte und Rechtstraditionen der Mitgliedstaaten .....	571
II. Abbau der Grenzkontrollen .....	571
III. Innere Sicherheit .....	572
IV. Erleichterung des Zugangs zum Recht .....	572
V. Subsidiaritätskontrolle .....	572
VI. Schutzklausel .....	572
VII. Beschlussverfahren .....	573
§ 18 Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen .....	573
§ 19 Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen .....	575
A. Grundsätze der Zusammenarbeit .....	575
I. Gegenseitige Anerkennung .....	575
1. Gegenseitige Anerkennung von Urteilen und gerichtlichen Entscheidungen .....	575
a) Der Europäische Haftbefehl .....	575
b) Gegenseitige Anerkennung von Geldstrafen und Geldbußen .....	577
c) Berücksichtigung der in anderen Mitgliedstaaten ergangenen Verurteilungen .....	577
d) Überwachung von Bewährungsmaßnahmen .....	577
e) Europäische Beweisanordnung .....	578
f) Nichtanerkennung von Entscheidungen bei	

Abwesenheitsurteilen .....	578
2. Verhinderung von Kompetenzkonflikten .....	578
3. Zusammenarbeit von Verwaltungs- und Justizbehörden .....	579
a) Europäisches Justizielles Netz in Strafsachen .....	579
b) Rechtshilfe in Strafsachen.....	579
c) Geldwäsche .....	580
d) Austausch von Informationen aus dem Strafregister .....	581
<b>B. Strafverfahrensrecht .....</b>	<b>581</b>
I. Inhalt .....	581
II. Beschlussverfahren .....	582
<b>C. Materielles Strafrecht .....</b>	<b>583</b>
I. Angleichung in Bereichen besonders schwerer grenzüberschreitender Kriminalität .....	583
1. Terrorismusbekämpfung .....	583
2. Bekämpfung des Menschenhandels .....	584
3. Bekämpfung des Drogenhandels .....	585
4. Angriffe auf Informationssysteme .....	586
5. Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit .....	587
II. Angleichung im Rahmen der sonstigen EU-Politiken und Grundfreiheiten .....	587
III. Beschlussverfahren .....	588
<b>D. Eurojust/Europäische Staatsanwaltschaft .....</b>	<b>589</b>
I. Zusammensetzung, Zuständigkeiten und Aufgaben .....	589
II. Verarbeitung personenbezogener Daten .....	589
III. Beziehung zu anderen Instanzen .....	590
IV. Europäische Staatsanwaltschaft .....	590
<b>§ 20 Polizeiliche Zusammenarbeit .....</b>	<b>591</b>
<b>A. Inhalt .....</b>	<b>591</b>
I. Operative Zusammenarbeit .....	591
II. Informationsbeschaffung und -verarbeitung .....	592
III. Aus- und Weiterbildung .....	593
<b>B. Europol .....</b>	<b>593</b>
I. Einrichtung .....	593
II. Aufbau .....	594
III. Auftrag, Zuständigkeiten und Aufgaben .....	594
IV. Kontrolle durch das EP und die nationalen Parlamente .....	595
<i>Stichwortverzeichnis .....</i>	597